

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Ulf Berner
Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Gewerkschaftsbund

beratendes Mitglied Heinz Reinecke

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch
Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

von der Verwaltung

Friederike Brunken Fachbereich 50
Jörg Harms Fachbereich 50

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Stellv. Ausschussvorsitzende Birgit Holtz

Grundmandat Detlef Stump
beratendes Mitglied Doris Tjarks

als Gast

Matthias Böcker (stellvertretender Geschäftsführer Diakonie Friesland-Wilhelmshaven)
Dr. Johannes Promann (ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH)
Andreas Schwarz (Astronomischer Verein Wilhelmshaven-Friesland e.V.)
Joachim Weiken (Einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber/EAA)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.08.2023
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Zustimmung zum Mietspiegel 2023 und Neues Konzept zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für 2024/2025 für die Stadt Wilhelmshaven **334/2023**
- 4.2 Berufung eines beratenden Mitgliedes der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (AGW) in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration **342/2023**
- 5 Sozialfonds
- 5.1 Förderverein Marion-Dönhoff-Schule - Boarding Next Generation Sailing Cup
- 5.2 Astronomischer Verein WHV-FRI e. V. - Projekt zur astronomischen Forschungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der maritimen Wissenschaftsstadt WHV
- 5.3 Förderverein Rogate-Kloster St-Michael e.V. - Nikolausaktion zu Weihnachten
- 6 Projektvorstellung Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)
- 7 Nachtragshaushalt 2023/2024 - Fachbereich Soziales
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)
- 8.2 Themenvorschläge für 2024

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Schröder, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Sie stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schröder ergänzte die Tagesordnung um den TOP 5.3 Antrag des Förderverein Rogate-Kloster St. Michael e.V. auf Förderung aus dem Sozialfonds.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung wurde mit einer Schweigeminute an Herrn Günter Hinrichs gedacht, der als beratendes Mitglied der Seniorenvertretung im Ausschuss tätig war und am 13.10.2023 verstorben ist.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.08.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.08.2023, Nr. 7/2023, wurde mit 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme (Frau Dr. Kirstges und Frau Stomberg) einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Zustimmung zum Mietspiegel 2023 und Neues Konzept zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für 2024/2025 für die Stadt Wilhelmshaven **334/2023**

Herr Dr. Promann vom ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zur Vorlage 334/2023*) das schlüssige Konzept zur Erstellung und Festlegung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft 2024/2025 nach dem SGB II und SGB XII vor.

Als Datengrundlage dienten hierzu dieselben Datensätze wie bei der Mietspiegelerhebung. Da bei der Erstellung des Mietspiegels für die Vermieter eine Auskunftspflicht bestehe, liegt eine sehr gute, repräsentative Datenbasis vor.

Lediglich die Datenauswertung unterscheide sich. Bei der Erstellung des „Schlüssigen Konzeptes“ gehe es vorrangig um die Betrachtung der Haushaltsgrößen.

Im Folgenden stellte er ausführlich die Schritte zur Bestimmung der Angemessenheitsgrenzen vor.

Die dargestellte Sonderregelung für Alleinerziehenden-Haushalte wurde nach Absprache mit der Verwaltung nicht in das endgültige Konzept übernommen. Für diese gesonderte Betrachtung gebe es keine rechtliche Grundlage und auch das Bundessozialgericht unterscheide hier nicht zu anderen Haushalten mit derselben Personenanzahl.

Diese Personengruppe, wie z.B. auch der Personenkreis der Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, kann in der zu erstellenden Handlungsanweisung gesondert berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von Frau Bakir-Block verdeutlichte Herr Dr. Promann, dass sich der Wert von 84,00 € für jede weitere Person bereits auf den höchsten Betrag der ermittelten Bruttokaltmiete beziehe. Für einen noch höheren Betrag liege keine Datenbasis vor. Auch der Vergleich zum Mietspiegel zeige, dass der Betrag angemessen sei.

Allgemein sagte er abschließend, dass das Konzept eher abstrakt sei und keine Regelungen für Sonderfälle und Einzelfälle beinhalte.

Frau Schröder bat um Abstimmung zur Vorlage 334/2023.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Stadt beschließt den Mietspiegel zum Stichtag 01.04.2023 sowie das neue Konzept zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für 2024/2025 für die Stadt Wilhelmshaven (erstellt von ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH, Hamburg)

4.2 Berufung eines beratenden Mitgliedes der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (AGW) in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration **342/2023**

Frau Schröder verlas die Vorlage 342/2023.

Nach einer kurzen Vorstellung von Herrn Böcker bat Frau Schröder um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Herr Böcker wird ab 01.01.2024 als Nachfolger von Frau Schwarting-Boer als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration berufen.

Anschließend überreichte Frau Schröder ein kleines Präsent und bedankte sich bei Frau Schwarting-Boer für die jahrelange Arbeit im und für den Sozialausschuss.

5 Sozialfonds

5.1 Förderverein Marion-Dönhoff-Schule - Boarding Next Generation Sailing Cup

Herr Harms stellte den Antrag des Fördervereins der Marion-Dönhoff-Schule für einen Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 795,00 € für die Teilnahme am Sailing Cup „Boarding Next Generation“ vor.

Der Antrag wurde bereits im August 2023 gestellt und das Projekt ist auch bereits durchgeführt. Allerdings konnte krankheitsbedingt in der Verwaltung keine fristgerechte Prüfung erfolgen und auch die Sitzung des Ausschusses im September wurde nicht einberufen.

Der Antrag erfüllt die sonstigen Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien und wird auch seitens der Verwaltung als sinnvolles und förderfähiges Projekt angesehen. Da dieses Projekt bereits im Vorjahr vom Ausschuss befürwortet und der Zuschuss bewilligt wurde, wurde die Genehmigung auch für dieses Jahr bereits vorab erteilt.

Herr Harms bat daher nun auch um Zustimmung des Ausschusses, um die Förderung auszahlen zu können.

Herr Schaar/Br. Franziskus begrüßte das Projekt und dankte für die entsprechende Vorbereitung.

Er bedankte sich bei Herrn Harms und Herrn Koch dafür, dass unter den gegebenen Umständen die Arbeit im Fachbereich weiterhin sichergestellt werde. Allerdings seien gewisse Einschränkungen unvermeidlich. Er werde daher seine Zustimmung zum Antrag erteilen.

Andererseits zeige dies jedoch auch, dass eine regelmäßige Einberufung des Ausschusses sinnvoll sei und diese nicht ausfallen sollten.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

5.2 Astronomischer Verein WHV-FRI e. V. - Projekt zur astronomischen Forschungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der maritimen Wissenschaftsstadt WHV

Der Vorsitzende des Astronomischen Vereins Wilhelmshaven-Friesland e.V., Herr Andreas Schwarz, nutze die Antragstellung auf Zuschuss aus dem Sozialfonds zur Vorstellung des Vereins anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*).

Der Verein hat zum Ziel, ein astronomisches Observatorium als Ergänzung zu den bereits bestehenden astronomischen und geowissenschaftlichen Bildungsangeboten zu errichten. In der ersten Stufe werden mit einer mobilen

Sternwarte, dem Tiny-Observatorium, öffentliche Beobachtungen sowie auch Vorträge und Informationsveranstaltungen angeboten.

Für diese Veranstaltungsreihe wird ein Zuschuss aus dem Sozialfonds zu den Sachkosten i.H.v. 800,00 € beantragt.

Frau Bakir-Block dankte für den interessanten Vortrag und bat um Anlage der Präsentation zum Protokoll.

Auch Herr Schaar/Br. Franziskus dankte für den Einblick in die Tätigkeiten des Vereins.

Er fragte in Richtung Verwaltung, ob es möglich sei, auf Mietzahlungen für das Jade Innovationszentrum, und somit zugunsten des Eigenbetriebes GGS als Vermieter, zu verzichten, anstelle diese nun indirekt über den Sozialfonds zu finanzieren.

Herr Schönfelder antwortete, dass auch GGS auf Einnahmen im Rahmen seines Haushaltes angewiesen sei. Die Höhe der Miete wurde bereits niedrig kalkuliert und beinhaltet zudem Leistungen externer Anbieter.

Er hob das große Engagement des Vereins im Sektor Bildung und Wissenschaftsstandort Wilhelmshaven hervor. So begleite auch die Wirtschaftsförderung die Bestrebungen des Astronomischen Vereins. Er bat daher um Zustimmung zum Antrag.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

5.3 Förderverein Rogate-Kloster St.Michael e.V. - Nikolausaktion zu Weihnachten

Herr Harms stellte den Antrag des Fördervereins Rogate-Kloster St.Michael e.V. auf Zuschuss zur Nikolausaktion (s. *Anlage*) aus dem Sozialfonds i.H.v. 4.800,00 € vor.

In der Vorweihnachtszeit sollen ca. 450 altersgerechte Nikolaustüten an bedürftige Kinder von Kunden und Kundinnen der Wilhelmshavener Tafel verteilt werden.

Der Antrag erfüllt die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinie und wird von der Verwaltung ausdrücklich unterstützt.

Herr Schaar/Br. Franziskus ergänzte, dass der Förderverein sich aufgrund einer Nachfrage der Tafel dazu entschlossen habe, dieses Projekt wie bereits im Vorjahr durchzuführen und damit die Tafel zu unterstützen.

Als Mitglied des Vorstandes werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

- Der Ausschuss stimmte mit 2 Enthaltungen für den Antrag. -

6 Projektvorstellung Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)

Herr Weiken vom EAA Team Oldenburg, stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) die Arbeit der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) gem. § 185a SGB IX vor.

Diese informieren, beraten und unterstützen kostenfrei bei der Einstellung und Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen auf den ersten Arbeitsmarkt.

Herr Berner dankte für den Vortrag. Er fragte, ob es zu der Tätigkeit des Integrationsfachdienstes der GPS inhaltlich zu Diskrepanzen komme.

Dazu sagte Herr Weiken, dass es auch bei der Führung der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) Unterschiede gebe, diese jedoch auch die Integration auf den ersten Arbeitsmarkt voranbringen möchten. Als Beispiel nannte er das Angebot der Außenarbeitsplätze.

Dies bestätigte Frau Gastmann. Auch sie sehe hier keinen Widerspruch. Sollte sich ein Mensch in der Werkstätte als für den ersten Arbeitsmarkt geeignet erweisen, werde dies auch ermöglicht und eng begleitet. Zum EAA bestehe keine Konkurrenz, sondern eine gute Zusammenarbeit.

Auf Nachfrage von Frau Bakir-Block sagte Herr Weiken, dass das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) den Auftrag erhalten habe, die EAA in Niedersachsen aufzubauen. Die Finanzierung erfolge über die Ausgleichsabgabe der Arbeitgeber, deren Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen unter 5 % liege.

Herr Schönfelder hob die Bedeutung der Verfahrenslotsen hervor. Gerade hinsichtlich der Vielzahl an Vorschriften und Beratungsmöglichkeiten sei die koordinierende Arbeit sehr wichtig. Auch müssten verstärkt Berührungsgängste abgebaut werden.

Er fragte, ob die EAA auch bei der Gründung von inklusiven Betrieben berate und was insbesondere die Kommune als Arbeitgeber tun könne.

Herr Weiken antwortete, dass es bei der Beratung dieser Betriebe wie auch öffentlicher Arbeitgeber keine Unterschiede zu den sonstigen Beratungen gebe.

Er riet der Stadt Wilhelmshaven zur Einrichtung einer Inklusionsberatung als direkten Ansprechpartner der Schwerbehindertenvertretung. Gemeinsam könne dies dann auch in eine Inklusionsvereinbarung, wie z.B. bei der Stadt Oldenburg, münden.

Herr Schönfelder bat die Politik, dieses Thema aufzugreifen und möglicherweise als interfraktionellen Antrag in den Rat zu bringen. Die Verwaltung würde diese Initiative unterstützen.

Herr Reinicke sagte, dass die GPS in diesem Bereich eine gute Arbeit leiste. Als weiteres Beispiel nannte er das Andreaswerk in Vechta.

Er stellte die Frage, inwieweit die Arbeitgeber bereit seien, Menschen mit Behinderungen aufgrund der arbeitsrechtlichen Bedingungen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu beschäftigen.

Herr Weiken kann hierzu keine Hinderungsgründe feststellen.

Frau Dr. Kirstges sieht hinsichtlich der Vielzahl an freien Arbeitsplätzen und des Fachkräftemangels die Möglichkeit, hier nach genauer Prüfung entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen. Sie befürwortete daher einen interfraktionellen Antrag zur Einrichtung einer solchen Inklusionsstelle.

Auch Herr Schaar/Br. Franziskus befürwortete dieses Ansinnen. Der Ausbau von Teilhabemöglichkeiten sei notwendig.

Er regte eine ausführlichere Diskussion zum Thema Inklusion im Ausschuss an.

Als Vorsitzende des Behindertenbeirates unterstützte auch Frau Gastmann die Einstellung eines Inklusionsbeauftragten.

Aus ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung berichtete sie, dass die Stadt Wilhelmshaven wie auch der Landkreis Friesland vergleichsweise gut im Bereich Inklusion tätig seien. Sie führte als Beispiele die Integrationsschule sowie den Behindertenbeirat an.

Herr Berner bat darum, auch die Menschen mit psychischen Einschränkungen zu berücksichtigen.

Herr Weiken riet abschließend dazu, sich nicht nur auf die Erfüllung der 5 % Beschäftigungsquote zu beschränken, sondern auch darüber hinaus Möglichkeiten zu schaffen.

Es folgte eine Pause von 16:35 Uhr bis 16:50 Uhr.

7 Nachtragshaushalt 2023/2024 - Fachbereich Soziales

Herr Koch präsentierte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) den Nachtragshaushalt unter Darstellung der Ausgabeansätze der wesentlichen Produkte des Fachbereich Soziales für die Haushaltsjahre 2023 und 2024.

Zusätzlich zu den wesentlichen Produkten stelle er auch das Produkt der stationären Pflege vor, da hier die Kosten unverhältnismäßig hoch ansteigen.

Die Erläuterungen und Fallzahlen zu den einzelnen Produkten sind als Anlage dem Protokoll beigelegt (s. *Anlage*).

Auf Nachfrage von Frau Bakir-Block zur Anzahl der fehlenden Stellen in der stationären Pflege sagte Herr Koch, dass in diesem Bereich bereits 2,5 Vollzeitstellen geschaffen wurden. Die Neubesetzung erfolgt häufig aus dem eigenen Fachbereich, sodass hier wieder neue Personalengpässe mit entsprechend resultierenden Rückständen entstünden. Ein externer Personalzuwachs sei daher wünschenswert. Quereinsteigende wären jedoch auch nicht uneingeschränkt einsetzbar, da das Rechtsgebiet eine gewisse fachliche Qualifikation voraussetze.

Zu den Landeserstattungen für die Aufwendungen des örtlichen Trägers sagte Herr Koch, dass diese prozentual rückläufig seien. Im Jahre 2022 betrug der Refinanzierungsbetrag 4,131 Millionen Euro, in 2023 4 Millionen Euro und für 2024 3,7 Millionen Euro. Diese Quote werde zwischen dem Land und den Kommunen jährlich ausgehandelt.

Herr Berner sprach den Gesamtnachtragsbedarf i.H.v. 11 Millionen Euro an. Herr Koch sagte dazu, dass sich diese Summe noch um die auf der anderen Seite gestiegenen Einnahmen verringere, sodass der Nachtragsbedarf ca. 2,7 Millionen Euro betrage.

Auf die Frage von Frau Bakir-Block, wie dieser Bedarf im Haushalt eingespart werden könne, sagte Herr Koch, dass Einsparungen im Haushalt des Fachbereich 50 nicht möglich seien und somit der Gesamthaushalt belastet werde.

Herr Harms gab noch zu Bedenken, dass die Planungen für die Haushaltsjahre 2023/2024 im Frühjahr 2022 erfolgt seien. Zu diesem Zeitpunkt lagen verbindliche Daten zu Erstattungsquoten und auch gesetzlichen Änderungen noch nicht vor. Dies erschwere die Planungen und Prognosen.

Frau Dr. Kirstges dankte für die anschauliche Darstellung und merkte noch an, dass auf viele Produkte seitens der Verwaltung kein Einfluss genommen werden könne.

Dem stimmte Herr Schaar/Br. Franziskus zu. Er halte es auch für wichtig, die Arbeitsbedingungen mit den vorhandenen Möglichkeiten bestmöglich auszugestalten und dankte in diesem Zusammenhang für die Aufgabenerfüllung.

8 Mitteilungen und Anfragen

8.1 Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)

Herr Dr. Rübsamen berichtete über die Projekte, die im Rahmen des „Pakt ÖGD“ realisiert werden sollen.

Unter anderem können Mittel für anerkannte See- und Flughäfen nach den internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) gewährt werden. Hierzu zähle auch der Jade-Weser-Port (JWP) in Wilhelmshaven.

Die Höhe der zugeteilten Finanzen orientiere sich u.a. an den Passagierzahlen. Der JWP wird überwiegend von Frachtschiffen angefahren, sodass die Förderung mit ca. 1.000.000 € vergleichsweise gering sei. Auch können die Gelder nur für Investitionen und nicht für laufende Ausgaben abgerufen werden. Diese müssen bis zum 31.12.2023 benannt und bis zum 30.06.2025 getätigt werden.

Die Förderung des Bundes beträgt dann 90% der Investitionssumme, die restlichen 10% trägt die Stadt als Eigenanteil. Auf Nachfrage hat das Land bereits die mündliche Zusage erteilt, diesen Eigenanteil zu übernehmen.

Die benannten Projekte sind die Anschaffung von 1-2 Fahrzeugen u.a. mit medizinisch-technischer Ausstattung, Investitionen in Soft- und Hardware und Schutzausrüstungen sowie die Beteiligung an dem Ergänzungsbau bei der

Feuerwache 2 für die Unterbringung des hafenärztlichen Dienstes.

Herr Schaar/Br. Franziskus fragte, ob es realistisch sei, dass der Erweiterungsbau bis zum 30.06.2025 fertiggestellt werden könne.

Herr Dr. Rübsamen zeigte sich zuversichtlich, da auch die Finanzierung des Anteils der Feuerwehr aus mehreren Fördertöpfen komme und die bauliche Betreuung durch einen Mitarbeiter der Feuerwehr gewährleistet sei.

Möglich sei auch noch eine generelle Fristverlängerung, da auch andere Kommunen in zeitlicher Bedrängnis seien. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern laufen derzeit.

8.2 Themenvorschläge für 2024

Herr Schaar/Br. Franziskus äußerte den Wunsch, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration regelmäßiger tagt.

Als Themenvorschläge nannte er:

- Krankenversorgung u.a. chronisch Kranker bzw. Krankenscheinverfahren Asylbewerber*innen
- Situation Innenstadt
- Lehren aus der Corona-Pandemie
- Situation Drogen

Zu den Themen sollten entsprechende Experten und Expertinnen eingeladen werden.

Auch die Besichtigung der neuen Räumlichkeiten der Tafel sei denkbar.

Frau Gastmann bat um Aufnahme des Themas „prekäre Situation in der Unterbringung von behinderten Kindern in Wohneinrichtungen“, resultierend aus dem Fachkräftemangel. Zahlreiche Einrichtungen stünden vor der Schließung, sodass sie die Betreuung in Gefahr sehe.

Herr Berner sprach sich ebenfalls dafür aus, dass der Ausschuss häufiger einberufen werde, auch wenn keine Vorlagen zur Entscheidung vorhanden seien.

Er ergänzte die Themenvorschläge um die Punkte Gentrifizierung und den Einsatz von Stadtteilmanagements, um negativen Entwicklungen in einigen Stadtteilen entgegenzuwirken.

Frau Dr. Kirstges sagte, dass man sich mit dem Thema Pflege in allen Bereichen des Gesundheitssektors beschäftigen müsse.

Herr Schönfelder ging auf die Themenvorschläge ein.

Grundsätzlich sei es so, dass die Verwaltung in Absprache mit der Vorsitzenden zu einer Sitzung einlade oder über die Nichteinberufung entscheide. Themenvorschläge aus dem Gremium könnten jederzeit, auch über die Vorsitzende, in die Sitzungsvorbereitung eingebracht werden. Da der Ausschuss zur Vorbereitung der Beschlüsse des Rates diene, finden die Sitzungen nur bei Vorlage solcher Beratungspunkte statt.

Bei Einzelfallfragen, wie z.B. der Versorgung mit Krankenscheinen, könne zudem

jederzeit auch eine Klärung außerhalb des Ausschusses erfolgen. Sollte sich daraus ein generelles politisches Thema entwickeln, könne dies dann auf die Tagesordnung kommen.

Zur Situation Innenstadt wäre es denkbar, bereits vorhandene Bestrebungen miteinander zu koppeln und evtl. auch gemeinsame Sitzungen mit anderen Ausschüssen abzuhalten.

Auch beim Thema Unterbringung von minderjährigen Menschen mit Beeinträchtigungen würde er eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss anregen, da es dieselbe Problematik bei der Unterbringung der seelisch-psychisch Erkrankten gebe.

Herr Schaar/Br. Franziskus sieht das Thema Versorgung mit Krankenscheinen durchaus als strukturelles Problem an, welches ihn bereits seit Jahren begleite. Auch zu anderen Themen habe er Bedarf an interfraktionellen Diskussionen unter Anhörung der Sichtweise der Verwaltung, die dann gerne auch nichtöffentlich stattfinden können.

Herr Koch bot an, die Problematiken der Krankenscheinversorgung vorzustellen und auf die rechtlichen Regelungen und Schwierigkeiten einzugehen.

Herr Berner vertrat die Auffassung, dass die Ausschussarbeit auch die Diskussion über politische Themen beinhalte, die dann nachfolgend möglicherweise in Vorlagen einfließen. Dazu gehören auch Gastbeiträge, um die Themen zu erarbeiten.

Herr Schönfelder nahm die weiteren Themenvorschläge und Anregungen auf.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:00 Uhr

gez. _____
Schönfelder
Dezernent

gez. _____
Schröder
Vorsitzende

gez. _____
Kallendrusch
Protokollführer/in